



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Für eine gute Schulentwicklung an der Westküste“ (Drucksache 20/4281)

### **Regionale Bedarfe berücksichtigen – Schulentwicklung und Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Schulentwicklung ist von landesweiter Bedeutung. Hierbei ist es wichtig, landesweit besondere Bedarfe in unterschiedlichen Regionen gemäß ihrer Sozialstruktur zu berücksichtigen.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die Schulentwicklung durch umfangreiche Maßnahmen zur Steigerung der Leistungs- und Kompetenzentwicklung sowie zur Sicherung der Chancengerechtigkeit und des Wohlbefindens sowie der Persönlichkeitsentwicklung positiv gestaltet hat.

Hierzu zählen:

- die verschiedenen Maßnahmen im Handlungsplan Lehrkräftegewinnung, um mehr Lehrkräfte für Bedarfskreise – und somit auch für die Westküste – zu gewinnen (hierzu zählen Abordnung Plus, der Anwärtersonderzuschlag für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst an Grundschulen und Förderzentren, die Übernahme von Übernachtungskosten im Praxissemester sowie von Umzugskosten für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst),
- die Sicherung des berufsbildenden Systems für die duale Berufsausbildung durch die Erarbeitung und Umsetzung des Masterplans Berufliche Bildung und den Erhalt aller Berufsschulstandorte,

- die Fortentwicklung des Perspektiv-Schulprogramms durch das Startchancen-Programm,
- eine zielgerichtete Verteilung der Lehrkräftestellen für mehr Bildungsgerechtigkeit durch die Berücksichtigung des Sozialindex bei Förderzentren,
- der mit dem Rahmenkonzept „Schule 2035“ gesetzte Rahmen für die Schulentwicklung und verbindliche Bildungsziele,
- die Stärkung der Kooperationsvereinbarungen zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und Gymnasien sowie Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe.

#### Begründung:

Schulentwicklung ist eine zentrale Aufgabe für eine stetige Verbesserung des Schulsystems. Schulentwicklung selbst ist dabei nicht nur eine Frage regionaler Verteilung von Schulen, sondern berücksichtigt dabei auch Aspekte wie Ausstattung mit angemessenen Ressourcen sowie die Ausrichtung an strategischen Leitzielen.

In der Schulentwicklung sind dabei stets das ganze Land und die jeweiligen Regionen mit ihren Herausforderungen vor Ort zu berücksichtigen. Die Verteilung von Schulstandorten wird dabei durch die kommunalen Gebietskörperschaften als Schulträger bestimmt.

Es ist festzustellen, dass sich die Schulwahl und damit auch in Auswirkung die Abschlussquoten nicht signifikant an der Verfügbarkeit der Schulformen ausrichtet. Vielmehr sind der sozioökonomische Status sowie soziokulturelle Gründe hierfür entscheidend (siehe: [Woher und wohin 2024 – Soziale Herkunft und Bildungserfolg](#)).

Genau hier setzen die Maßnahmen der Landesregierung an. Sie nehmen die sozioökonomischen Facetten in den Blick, um die Bildungsgerechtigkeit stärker in der Schulentwicklung zu berücksichtigen.

Martin Balasus  
und Fraktion

Malte Krüger  
und Fraktion